

Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

6. Sitzung

Montag, 23. Oktober 2006

17.30 – 20.00 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Finanzverwalter
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

Entschuldigungen

Philipp Hangartner, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	89
2. Voranschlag	
GK 72 Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde mit Finanz- und Investitionsplänen 2007 – 2011; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für das Jahr 2007	89
3. Parlamentarische Vorstösse	
GK 63 Motion der SVP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Strategischer Wechsel vom „Abwartkonzept“ zum Betriebskonzept mit Hauswarten in öffentlichen Gebäuden (Begründung und Beantwortung)	96
GK 73 Interpellation der SP-Fraktion vom 11. September 2006 betr. kantonales Steuergesetz – Volksabstimmung vom 26. November 2006 (Begründung und Beantwortung)	97
4. Umfrage	99

Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur sechsten Sitzung der Legislaturperiode 2006/09.

Mitteilungen

Der Ratspräsident bedankt sich bei seiner Stellvertreterin Käthi Hagmann für die Vorbereitung und Leitung der letzten Einwohnerratssitzung.

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 11. September 2006 wurde heute allen Einwohnerratsmitgliedern verteilt. Dieses wird an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 27. November 2006 genehmigt.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der FDP-Fraktion betr. Areal der ehemaligen Holzkonservierung – Visitenkarte und Altlast
- Interpellation der Fraktion der Dynamischen Mitte betr. es grünt so grün am Strassenrand – die Natur wächst zurück

Art. 39

GK 72

Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde mit Finanz- und Investitionsplänen 2007 – 2011; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für das Jahr 2007

Hr. Rolf Moor, Präsident der FGPK, stellt fest, dass sich das Parlament in letzter Zeit immer wieder mit folgenden Ausdrücken beschäftigt:

- Effizienz
- Prozessabläufe
- Massnahmen
- Optimierungen

Einige Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen bemängelten, dass im Einwohnerrat sehr viele Wiederholungen von Wortmeldungen zu den einzelnen Geschäften stattfinden. Rückblickend muss man eingestehen, dass dies wirklich so ist. Es stellt sich nun die Frage, soll der Referent/die Referentin der FGPK detailliert über ein Geschäft informieren, oder soll man wenig oder gar nichts sagen und auf die schriftlichen Informationen im Vorfeld verweisen? Man kann es sowieso nie allen recht machen. Er hat sich entschieden, den Voranschlag 2007 zusammenzufassen und auf die wichtigsten Schwerpunkte einzugehen, und dies möglichst effizient und sachlich. Denn die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse haben doch das Recht auf diese Information. Zudem werden ja auch alle Wortmeldungen im Protokoll festgehalten. Dies ermöglicht auch später noch die einzelnen Feststellungen, Forderungen und Meinungen nachzuvollziehen.

Einleitung

Die FGPK führte die Prüfung des Voranschlages 2007 vom 7. September bis 5. Oktober 2006 durch. An der Sitzung vom 5. Oktober 2006 hat die FGPK sämtlichen stadträtlichen Anträgen einstimmig zugestimmt. Die FGPK stellte zum Voranschlag über 120 technische Fragen, welche von der Verwaltung und vom Stadtrat schriftlich beantwortet wurden. Diese Fragen und Antworten sind den meisten Einwohnerratsmitgliedern bekannt.

An der gemeinsamen Sitzung vom 27. September 2006 wurden rund 20 politisch-strategische Fragen durch den Gesamtstadtrat mündlich beantwortet. Ziel dieser Sitzung war es auch, herauszufinden, ob das Ressortführungssystem gut eingeführt und umgesetzt wurde. Die FGPK hat von allen Stadtratsmitgliedern qualifizierte und zukunftsweisende Antworten auf die gestellten Fragen erhalten. Nachfolgend ein paar Beispiele:

Massnahmen und Prozessoptimierungen

- Beim Regionalen Zivilstandsamt Zofingen sind gegenüber anderen Ämtern die Kosten zu hoch. Hier fordert der Stadtrat Massnahmen vor allem im Bereich der Effizienzsteigerung. Die politische Verantwortung liegt bei Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger.
- Für die Volière ist momentan ein neues Konzept in Bearbeitung, welches an der nächsten Einwohnerratssitzung behandelt wird. Parallel wird auch gezielt geprüft, wie die Betriebskosten für den Wildpark und die Volière reduziert werden können. Die politische Verantwortung liegt bei Stadtrat Jürg Bachmann.
- Bei den Beiträgen an die Spitex Zofingen/Mühlethal wird geprüft, wie die Spitexleistungen besser mit den Leistungen des Seniorenzentrums koordiniert werden können. Die politische Verantwortung liegt bei Stadträtin Therese Müller.
- Die Sozialen Dienste erarbeiten momentan ein Konzept für die Neuausrichtung in der Betreuung der ausgesteuerten Sozialhilfeempfänger. Ebenfalls haben die Sozialen Dienste und die Finanzverwaltung den Auftrag, zu prüfen, ob für gewisse Dienstleistungen, wie die Ausarbeitung von Unterhaltsverträgen, welche heute durch die Sozialen Dienste kostenlos erfolgen, künftig Gebühren erhoben werden könnten. Die politische Verantwortung liegt bei Stadträtin Annegret Dubach.
- Die Stadtpolizei hat den Auftrag, im Sinne der Transparenz die zu erbringenden Dienstleistungen mit den entsprechenden Berechnungsgrundlagen offen zu legen. Zudem sollte ein Bericht betreffend Gebührentarif für öffentliche Parkplätze erstellt werden. Die politische Verantwortung liegt bei Stadtrat Herbert H. Scholl.
- Die Prozess-Optimierungen beim Werkhof finden gemäss Aussagen von Vizeammann Urs Schaufelberger nicht auf Kosten des Personals statt. In der Schlosserei wird ein Mitarbeiter pensioniert. Die Stelle wird nicht wiederbesetzt, die Schlosserarbeiten werden zukünftig bei externen Handwerkern eingekauft. Die politische Verantwortung liegt bei Vizeammann Urs Schaufelberger.
- Im Seniorenzentrum verändert sich der Personalbestand nicht in erster Linie aufgrund von Prozessoptimierungen, sondern weil die budgetierten Bewohnerzahlen um 3 auf 131 Perso-

nen reduziert worden sind. Der Grund dafür ist, dass die Doppelzimmer schlecht besetzt werden können; es werden immer mehr Einer-Zimmer gewünscht. Zudem hat sich die Pflegebedürftigkeit der Bewohner/innen verändert, sie ist durchschnittlich eher gesunken. Die politische Verantwortung liegt bei Stadträtin Therese Müller.

Entwicklung Budgetzahlen – Rück- und Ausblick

- Der Nettoaufwand steigt gegenüber der Rechnung 2005 von 23,57 Mio. Franken um 0,22 Mio. Franken auf 23,79 Mio. Franken an.
- Der Steuerertrag wird sich gegenüber der Rechnung 2005 von 28,64 Mio. Franken um 1,34 Mio. Franken auf 29,98 Mio. Franken steigern.
- Die Selbstfinanzierung wird sich gegenüber der Rechnung 2005 von 4,45 Mio. Franken um 1,55 Mio. Franken auf 6 Mio. Franken steigern.
- Betrachtet man die Kennzahlen-Auswertung, befindet sich die Stadt Zofingen bei der Nettozinsquote, Selbstfinanzierungsquote, Nettoschuld je Einwohner, Verschuldungsquote und Verschuldungsanteil im grünen Bereich, mit der erreichten Höchstzahl von je 4. In der Belastbarkeitsquote konnte sich Zofingen gegenüber dem Abschluss 2005 um einen Punkt steigern und kommt somit auf die Punktzahl 2. Die 20,7 % entsprechen CHF 6'194'000.–. Angestrebt wird eine Belastbarkeitsquote von mindestens 25 % was CHF 7'500'000.– entsprechen würde. Um dies zu erreichen, gibt es zwei Möglichkeiten, entweder mehr Steuereinnahmen oder weniger Ausgaben. Der Stadtrat hat aber bei der Budgetierung verschiedene Massnahmen einfließen lassen, und er ist auch weiterhin bestrebt, nach Optimierungen, Ertragsmöglichkeiten sowie Sparpotenzialen zu suchen. Es ist aber wichtig, dass man dem Stadtrat auch in Zukunft den Rücken stärkt. Gerade bei heiklen Angelegenheiten wie z.B. der Integration der Mehrzweckhalle ins BZZ, was ja auch personelle Konsequenzen hatte. Der Stadtrat hat in diesem Bereich die vom Einwohnerrat verlangten Kosten- und Betriebsoptimierungen vollzogen. Zudem hat er noch weitere Optimierungen von Prozessabläufen in Bearbeitung, welche auch in Zukunft noch zu unangenehmen Entscheidungen führen könnten.

Entwicklung der Nettoschulden bis 2011

Betrachtet man die Entwicklung der Nettoschulden im 2007 von 6 Mio. Franken bis ins Jahr 2011 auf 32 Mio. Franken, ist dies doch sehr erschreckend. Dies hat alleine mit der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse (APK) von rund 20 Mio. Franken zu tun. Ohne diese Ausfinanzierung hätte Zofingen in den nächsten Jahren eine ausgezeichnete finanzielle Ausgangslage. Am 5. Dezember 2006 entscheidet der Grosse Rat über den definitiven Beitrag, welcher Zofingen zu leisten hat. Der Stadtrat hat diese Problematik aber sehr gut erkannt und sieht folgende Stossrichtungen:

- „Sonderfinanzierung“ durch Desinvestitionen
- Bessere Lösung APK: Kleinere Schwankungsreserve (nur ca. 104 %) oder Austreten bei der APK mit 100% Ausfinanzierung (à la AEW) und Suchen nach einer neuen Lösung ohne politische Einflussnahme.

Es wird eine Task Force eingesetzt, welche Vorschläge und Lösungen ausarbeitet. Je nach Variante wird dem Einwohnerrat im nächsten Jahr eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Zusammenfassung

Der Voranschlag 2007 liegt absolut im grünen Bereich. Es flossen auch bereits Massnahmen, welche vom Parlament gefordert wurden, mit ein. Ebenfalls spürt man deutlich, dass der Stadtrat bestrebt ist, weiterhin in diese Richtung zu arbeiten.

Der Stadtrat hat auch verschiedene interne „Baustellen“, welche in den vergangenen Jahren still gelegt wurden, wieder aufgedeckt und ist bestrebt, diese möglichst schnell zu sanieren. Der Stadtrat sowie die Verwaltung haben engagierte und qualitativ gute Arbeit geleistet. Die Kernpunkte wurden erkannt und es wurde Mut, Nervenstärke, Gelassenheit und Leidenschaft bewiesen. Der Stadtrat und die Verwaltung verdienen dementsprechend auch ein grosses Kompliment für die hervorragenden Leistungen. Die FGPK ist überzeugt, dass der Stadtrat auf dem richtigen Weg ist, jedoch muss man ihm ein Zeitfenster von zirka 2 Jahren zugestehen, um weiterhin in diese Richtung zu arbeiten. Der FGPK wurden die eingeleiteten Massnahmen

und die gewünschten Optimierungen anhand eines Zwischenberichtes von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger eindrucksvoll präsentiert.

Es ist sehr wichtig, dass der Stadtrat bei seiner Arbeit weiterhin unterstützt wird, und alle am gleichen Strick und zwar in die gleiche Richtung ziehen, damit sich Zofingen in den nächsten Jahren zu einem der wichtigsten und interessantesten Wirtschaftsstandorte entwickeln kann.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, erklärt, dass sich der Stadtrat folgende Ziele für den Voranschlag 2007 gesetzt hat:

- Selbstfinanzierung von mind. 6 Mio. Franken
- Sachaufwand analog Niveau Rechnung 2005, ausgenommen bei Volumenänderungen (z.B. steigende Schülerzahlen)
- Plafonierung des Personalaufwandes
- Budgetierung anhand der definierten Jahreszielen 2007; Ausnahme Erhöhung um 30 Stellenprozent beim Steueramt

Er bedankt sich für die Wertschätzung des Präsidenten der FGPK und möchte die Komplimente und den Dank an die Bereichs- und Abteilungsleiter/innen weiterleiten.

Der Stadtrat ist mit dem Voranschlag 2007 zufrieden. Als besonders positiv wird der geringe Anstieg des Aufwandes gegenüber dem Voranschlag 2006 von nur 1,5 % bewertet. Vergleicht man diese Steigerung mit der Rechnung 2005 ist es sogar nur 1 %. Dies ist darum auch sehr positiv, da die Stadt Zofingen sehr viele gebundene Ausgaben hat. Die Qualität der Service Public-Leistungen konnte gehalten oder sogar noch gesteigert werden.

Der Stadtrat hat verschiedene Prüfungsaufträge, welche im Referat des FGPK-Präsidenten zum Teil erläutert wurden, in Auftrag gegeben. Der Stadtrat ist überzeugt, dass damit der nötige Spielraum für die geplanten Investitionen geschaffen wird, wenn da nicht noch die Ausfinanzierung der APK wäre. Diese Ausfinanzierung wirft dunkle Schatten über den Finanzplan. Der Stadtrat möchte die Ausfinanzierung mit einer Sonderfinanzierung regeln und sieht diesbezüglich folgende Stossrichtungen:

- Suchen von besseren Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der APK. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die geplante Wertschwankungsreserve von 115 % masslos übertrieben ist. Eventueller Austritt mit 100 % Ausfinanzierung: Dies würde für die Stadt Zofingen nicht 20 Mio. Franken sondern 10 Mio. Franken bedeuten. Anschluss an eine neue Pensionskasse ohne politischen Einfluss.
- Sonderfinanzierung mit Desinvestitionen. Die Stadt Zofingen besitzt Werte, welche keine Renditen abwerfen (Land, Immobilien). Es wird nicht das Tafelsilber verhöckert, sondern man möchte die Ladenhüter los werden, damit man in zukunftsweisende Projekte investieren kann.

Der Stadtrat möchte in Zukunft vermehrt auf die Stärken der Stadt Zofingen setzen. Zofingen hat eine hohe Wohnqualität anzubieten, und diese muss noch besser vermarktet werden. Ebenfalls ist ein erfreulicher Bevölkerungszuwachs festzustellen, welcher zu einem sehr guten Ergebnis bei den Steuereinnahmen geführt hat. Doch diese Neuzuzüger/innen fordern auch einen guten Service Public (Bildung, Sport, Kultur, Verkehr) und eine gut ausgebaute Infrastruktur. In diese Bereiche muss Zofingen in den nächsten Jahren investieren.

Trotz der Ausfinanzierung der APK ist der Stadtrat zuversichtlich, es muss aber stetig hinterfragt werden, ob mit weniger Aufwand die gleiche Qualität erzielt werden kann. Der Stadtrat hat in diesem Bereich bereits einiges in Angriff genommen, aber er ist sich auch bewusst, dass es noch viel zu tun gibt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Voranschlag 2007 einstimmig zustimmt. Die Fraktion ist erfreut über den eingeleiteten Optimierungsprozess. Der Stadtrat unterbreitet ja eine Art freisinniges Budget, denn weniger Nettoaufwand, mehr Steuerertrag und effizientere Abläufe sind doch Kernanliegen einer freisinnigen Finanzpolitik. Die Fraktion bedankt sich bei der FGPK für die sorgfältige Prüfung. Ein Dank gebührt ebenfalls dem Stadtrat und der Verwaltung für den diszipliniert ausgearbeiteten Voranschlag und die sehr hohe Transparenz bei der Beantwortung der FGPK-Fragen. Nur eines macht der Fraktion Sorgen, nämlich, wie bereits erwähnt, die Ausfinanzierung der APK. Im schlimmsten Fall wird dies die Stadt Zofingen 20 Mio. Franken kosten. Die FDP-Fraktion wird sich vehement dafür einsetzen, dass sorgfältig geprüft wird, welche Möglichkeiten und Alternativen für Zofingen in Frage kommen. Es sollte für die Steuerzahler/innen wie auch für die Angestellten der Stadt Zofingen möglichst gerecht sein.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass die SVP-Fraktion den Voranschlag 2007 geprüft und ohne grosse Diskussionen als akzeptabel empfunden hat. Einzig die Massnahmen zur Senkung der Betriebskosten wurden ein wenig bemängelt und gehen der Fraktion zu wenig weit. Um den Steuerfuss von 102 % langfristig beibehalten zu können, müssen tief greifende Massnahmen getroffen werden. Die Mehrbelastung durch die Ausfinanzierung der APK macht dies nötiger denn je. Die Fraktion ist aber erfreut, dass gewisse Massnahmen bereits in den Voranschlag 2007 einfließen, und sicher auch in Zukunft noch berücksichtigt werden. Die Fraktion nimmt Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2007 – 2011. Hinsichtlich der Aktiensteuern zeigt man sich aus Sicht der SVP-Fraktion ein wenig zu optimistisch. Die Fraktion unterstützt ebenfalls zukunftsorientierte Investitionen.

Hr. Hansruedi Schlatter erklärt, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte beim Voranschlag 2007 die logische Fortschreibung der Rechnungen der letzten Jahre sieht. Es zeigt sich bei den Einnahmen und Ausgaben sowie beim Steuerfuss eine positive Kontinuität. Prognosen über die Einnahmen sind wie immer unsicher, aber der Fraktion erscheinen die Annahmen als realistisch, ausser vielleicht bei den bereits vorher erwähnten Aktiensteuern. Es wurde immer wieder kritisiert, dass zu wenig investiert wird, was jetzt eine Investitionswelle auslöste. Dies wird als sehr positiv empfunden, auch wenn dadurch die Schulden ansteigen werden. Die Fraktion der Dynamischen Mitte wird allen stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Hr. Hans-Martin Plüss möchte sein Referat speziell an das Kader und die Angestellten der Stadtverwaltung Zofingen richten. Die SP-Fraktion ist erfreut über den Voranschlag 2007 mit einem Finanzierungsüberschuss von 6 Mio. Franken. Damit wird Spielraum geschaffen, um die geplanten Investitionen aus der Laufenden Rechnung zu finanzieren. Auf der Ertragsseite wurde im Vergleich zu früheren Voranschlägen weniger pessimistisch budgetiert. Das gute Ergebnis ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die Stadt Zofingen mit der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden rund 1 Mio. Franken einsparen kann. Es müssen weiterhin Prioritäten gesetzt werden. Die SP-Fraktion ist z.B. der Meinung, dass bei Sanierungen von Quartierstrassen ein weniger guter Standard gerechtfertigter ist, als bei der Betreuung von Senioren/innen.

Die Kennzahlen werden als gut empfunden. Der Stadtrat hat sich in Bezug auf die Investitionen für das Jahr 2007 hohe Ziele gesetzt. Dies wird die Verwaltung sehr stark fordern, und es ist fraglich, ob dies mit dem vorhandenen Personal auch umgesetzt werden kann.

Die von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger angesprochenen Desinvestitionen im Finanzvermögen werden von der Fraktion genau beobachtet. Die Meinungen, was Tafelsilber oder was Ladenhüter sind, gehen doch stark auseinander. Die Fraktion ist z.B. der Meinung, dass StWZ-Aktien auf keinen Fall verkauft werden sollten. Im Gegenteil, die Stadt Zofingen sollte in diesem Bereich ihr Engagement noch verstärken.

Beim Abwasser- und Abfallwesen könnte durch das angehäuften Kapital vielleicht eine Gebührenreduktion geprüft werden. Die Fraktion hat auch festgestellt, dass sich in Zofingen etwas bewegt hat. Politik und Verwaltung befinden sich in einem Veränderungsprozess. Solche Prozesse können auch Unsicherheiten auslösen, deshalb ist es wichtig, dass die Kommunikation funktioniert. Der Stadtrat hat in diesem Jahr wesentlich mehr informiert, was als gut empfunden wird. Vielleicht war die Qualität dieser Medienmitteilungen nicht immer gleich hoch.

In diesem Bereich können noch Verbesserungen erzielt werden. Ein solcher Veränderungsprozess ist mit grossem Aufwand verbunden, und die Fraktion bedankt sich bei den Beteiligten für diesen Einsatz. Die Voraussetzungen für den Veränderungsprozess sind hervorragend, man möchte sich steigern. Dies bedingt aber auch Rückendeckung seitens des Parlaments, was durch die grossmehrheitliche oder einstimmige Annahme des Voranschlags auch zum Ausdruck kommt und als Vertrauensbeweis gewertet werden darf. Die SP-Fraktion unterstützt den Voranschlag 2007 einstimmig.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Beratung Zahlenteil Voranschlag 2007

2 Bildung

Fr. Patricia Misteli stellt fest, dass für Anschaffungen von Mobilien im Schulbereich über CHF 270'000.– eingestellt wurden. Gibt es eine schulinterne Koordination für Anschaffungen von Mobilien? Für sie gehört eine gute Mobilienbewirtschaftung zum sorgfältigen Umgang mit den Steuergeldern.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass die Bauverwaltung für die Mobilienbewirtschaftung zuständig ist und er somit diese Frage nicht beantworten kann.

Hr. Rolf Degen, Bauverwalter, erklärt, dass die Bauverwaltung jedes Jahr anhand eines Programms mit der Schulpflege die notwendigen Anschaffungen der Mobilien prüft und diskutiert. Für die neuen Schulräume wie z.B. den Pavillon kann nicht altes Mobiliar verwendet werden. Es werden keine Luxus-Anschaffungen bewilligt.

Fr. Patricia Misteli ist mit der Auskunft nicht zufrieden.

5 Soziale Wohlfahrt

Hr. Peter Wullschleger stellt fest, dass das Seniorenzentrum seit einigen Jahren ein Eigenwirtschaftsbetrieb ist. Das bedeutet, dass der Aufwand von rund 10 Mio. Franken über Einnahmen des Betriebs finanziert werden muss. Dies ist erfreulich, da die Dienststelle 571 Seniorenzentrum die anderen Bereiche nicht belastet. Dies birgt aber auch die Gefahr in sich, dass die betriebswirtschaftliche Sicht zur sehr im Vordergrund steht und der soziale Aspekt eine untergeordnete Bedeutung hat. Aus den Erläuterungen zum Voranschlag konnte man entnehmen, dass die Kostgelder und Pflögetaxen erhöht werden und eine Stelle eingespart werden kann. Diese Thematik wurde auch in der FGPK behandelt und es wurden entsprechende Begründungen geliefert. Die Erhöhung der Kostgelder und Pflögetaxen ist auf die Erhöhung der Teuerung zurückzuführen, und die eingesparte Stelle ist die Folge, dass im Seniorenzentrum nicht mehr alle Doppelzimmer belegt werden können. Diese Begründung ist nachvollziehbar. Peter Wullschleger appelliert aber an den Stadtrat und den Leiter des Seniorenzentrums, im Rahmen der laufenden Projektarbeiten nebst betriebswirtschaftlichen Aspekten auch die sozialen Aspekte zu berücksichtigen.

Fr. Therese Müller, Stadträtin, erklärt, dass die Einsparungen nicht zu Lasten der Senioren/innen getätigt werden. Die angesprochene Stelle wurde nicht wiederbesetzt, weil das Seniorenzentrum momentan weniger Bewohner/innen hat als sonst. Das Wohl der Senioren/innen ist das wichtigste Anliegen des Seniorenzentrums.

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Voranschlag 2007VIII Entwicklung der Gemeindefinanzen, Finanzplanung 2007 – 2011; Steuerfuss

Hr. Daniel Schmid stellt fest, dass in der Vorlage erwähnt ist, dass sich die Stadt Zofingen bei der Ausfinanzierung der APK, nebst den Aufwendungen für das eigene Personal, auch an anderen Ausfinanzierungskosten wie z.B. diejenigen der Suchtberatung beteiligen muss. Ist dies tatsächlich so, und um welche Suchtberatung handelt es sich? Er erwähnt, dass er früher im Vorstand und in der Geschäftsleitung des Aargauischen Vereins für Suchtprobleme (AVS) tätig gewesen ist. Er kennt die Verhältnisse dieses Vereins sehr gut. Der AVS hat Mitte der 90er Jahre den Austritt aus der APK gegeben und eine andere Lösung gesucht. Dies kostete den AVS einige hunderttausend Franken. Er geht nicht davon aus, dass der AVS heute wieder der APK angeschlossen ist.

Auch ein Gemeindeverband ist eine Institution, welche direkte vertragliche Verpflichtungen gegenüber der APK hat. Ist es richtig, dass die Gemeinden solche Institutionen mitfinanzieren müssen? Er könnte sich vorstellen, dass solche Gemeindeverbände über Reserven, sicher auch aus Gemeindebeiträgen, verfügen. Er bittet den Stadtrat aus diesem Grunde, diese Ausfinanzierung genau zu prüfen und vielleicht auch mit anderen Gemeinden eine vernünftige Lösung zu suchen.

Welche Besitzstandswahrung wird den Zofinger Angestellten nach dem vorgesehenen Plan gewährt? Es ist wichtig, dass eine gute Lösung für die Angestellten wie auch für die Steuerzahler/innen gefunden wird. Da es um relativ viel Geld geht, erwartet die FDP eine Einwohneratsvorlage.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, erklärt, dass gewisse Angelegenheiten nicht in den Kompetenzbereich des Stadtrates fallen und aus diesem Grund auch nicht beantwortet werden können. Er kann aber versichern, dass sich Zofingen, wenn gerechtfertigt, zur Wehr setzen wird. Er erklärt, dass die Suchtberatung eine dieser Aufgaben ist, welche über GAT III definiert worden ist, und vom Kanton übernommen wird. Er geht auch davon aus, dass die Suchtberatung wieder der APK angeschlossen ist. Es ist sicher stossend, dass gewisse Bereiche ausfinanziert werden müssen, welche eigentlich bereits ausfinanziert sind. Aber es wird keinen Unterschied gemacht, wie lange man bereits bei der APK ist, hier gilt das Solidaritätsprinzip.

Der Stadtrat stellt sich auch die Frage der Zuständigkeit im Bereich der Berufsschulen. Hier laufen noch diverse Verhandlungen. Der Stadtrat wird diese Ausfinanzierung genau prüfen und wo nötig auch intervenieren.

Die Besitzstandswahrung wurde im Stadtrat noch nicht diskutiert. Man wartet den Entscheid des Grossen Rates von Anfang Dezember 2006 ab. Es wird wahrscheinlich so sein, dass man die Leistungen für die Angestellten der Stadt Zofingen denen der kantonalen Angestellten angleicht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2007 sei zu genehmigen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

2. *Zur Deckung des Mehraufwandes seien 2007 102 % Gemeindesteuern zu beziehen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

3. *Vom Investitions- und Finanzplan 2007 – 2011 sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Art. 40**GK 63****Motion der SVP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Strategischer Wechsel vom „Abwartkonzept“ zum Betriebskonzept mit Hauswarten in öffentlichen Gebäuden (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Thomas Bühler erklärt, dass es bei der Pensionierung eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin üblich ist, den Stellenplan zu überdenken. Im Bereich Hauswarte wäre es seiner Meinung nach deshalb notwendig gewesen, ein neues Betriebskonzept zu erstellen, da die Leistungserbringung bei den Hauswarten als sehr unterschiedlich beurteilt wird. Zudem besteht im Bildungszentrum (BZZ) ein sehr gut funktionierendes Abwärts-Pool-System. Er bittet den Stadtrat mit dieser Motion, in Form eines Hauswarts-Systems Lösungen anzustreben, damit Dienstleistungen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen koordiniert werden können, eventuell mit der Schaffung eines Hauswarts-Pools.

Er ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Begehren als Postulat entgegenzunehmen. Er möchte diesen parlamentarischen Vorstoss beantworten und nach der Überweisung die gleichzeitige Abschreibung beantragen, da der geforderte Prozess beim Stadtrat bereits in Bearbeitung ist.

Frage 1

Das moderne, klare und zukunftsgerichtete Betriebskonzept im Bildungszentrum bewährt sich heute sehr gut. Eine operative Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung im BZZ soll geprüft werden.

Der Stadtrat teilt die Auffassung des Postulanten, dass sich das Betriebskonzept im Bildungszentrum bisher sehr gut bewährt. Das System des BZZ mit einem so genannten „Abwärts-Pool“ hat gegenüber einer Lösung mit einzelnen Abwarten und starren, Objekt bezogenen Verantwortlichkeiten, wie sie in der Stadtverwaltung praktiziert wird, zahlreiche Vorteile.

Eine operative Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung BZZ wäre wünschbar, ist jedoch aufgrund der Tatsache, dass es sich beim BZZ um eine kantonale/kommunale Organisation handelt, nicht realisierbar. Es besteht jedoch die Möglichkeit, mittels Leistungsvereinbarungen einzelne Aufgaben an das BZZ auszulagern (z.B. Abwärtsdienst Mehrzweckhalle).

Frage 2

Die heutige Situation in den dezentralen Schulanlagen (Bezirksschule, Gemeindeschule und Kindergarten) sollte überdacht und die bisherigen Abwarte in ein Betriebskonzept eingebunden werden.

Frage 4

Bei der Vermietung sowie beim Benützungskonzept der Mehrzweckhalle soll eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Betriebsteam des Bildungszentrums BZZ geprüft werden, und die Abwartsstelle soll dabei einbezogen werden.

Das Stadtbauamt war vom Stadtrat bereits im August 2003, Art. 597, beauftragt worden, einen umfassenden Bericht zu den Fragen der Abwärtsdienstleistungen in den Verwaltungsgebäuden und der Möglichkeit der Stellvertretung des Stadtweibels vorzulegen. In der Folge wurden verschiedene interne und externe Studien in Auftrag gegeben. Keine dieser Studien wurde schlussendlich umgesetzt.

Weil offensichtlich diese Arbeiten zu keinem befriedigendem Ergebnis geführt hatten, setzte der Stadtrat im Dezember 2005 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des designierten Stadtammanns Hans-Ruedi Hottiger ein, welche die Schaffung eines Abwartspools für die verschiedenen Schulhäuser sowie die weiteren städtischen Verwaltungs-Liegenschaften prüfen

soll. Ein wesentlicher Grund für die Bildung dieser Arbeitsgruppe war der zunehmende Unmut in der Schulleitung und an der Basis der Lehrpersonen über die Tatsache, dass die Leistungserbringung der Hauswarte in den Schulhäusern qualitativ und quantitativ als sehr unterschiedlich eingeschätzt wurde.

Im Zusammenhang mit den Hauswarten verlangte der Stadtrat auch in anderen Bereichen (Mehrzweckhalle/Trinerplatten/BZZ) gewisse Abklärungen zur Optimierung der Prozesse. Im Übrigen erachtete er die Hauswarts-Dienstleistungen in den drei Verwaltungsgebäuden als durchaus noch verbesserungsfähig. In der Arbeitsgruppe war unter anderem die Bauverwaltung als vorgesetzte Stelle der städtischen Abwarte sowie die Schulleitung vertreten.

Ein erstes Ergebnis der Arbeit der betreffenden Arbeitsgruppe betraf die Regelung der Abwärtsfrage im Bereich der Mehrzweckhalle (MZH): In der Zwischenzeit wurde, wie es der Postulant anregt, mit der Betriebsleitung des BZZ eine Leistungsvereinbarung über den Abwärtsdienst und die Vermietung/Vermarktung der Mehrzweckhalle ausgearbeitet. Die Umsetzung erfolgt ab 1. Januar 2007.

Die Arbeitsgruppe wird in der ersten Hälfte November erneut zusammenkommen, um die Möglichkeit neuer Lösungen für die Abwärtsdienste der verschiedenen Schulhäuser sowie der weiteren städtischen Verwaltungs-Liegenschaften zu erörtern. Der Leiter der Arbeitsgruppe ist – ohne das Ergebnis der Beratungen vorwegzunehmen – überzeugt, dass das System des Abwärts-Pools auch bei den Schulhäusern sowie den städtischen Liegenschaften eine Verbesserung bringen würde. Die Arbeitsgruppe wird noch in diesem Jahr dem Stadtrat einen Antrag unterbreiten. Bei positiver Bewertung eines neuen Systems (Abwärts-Pool) durch den Stadtrat, könnte dies im Verlaufe des ersten halben Jahres 2007 eingeführt werden.

Frage 3

Die Vakanz im heutigen Stellenplan muss überprüft werden.

Der Nachfolger von Heinz Humm, welcher auf Herbst 2006 in Pension geht, wurde in der Zwischenzeit (seit Eingang des Postulates) angestellt. Im Rahmen des Anstellungsgesprächs wurde er darauf aufmerksam gemacht, dass die Schaffung eines Abwärts-Pools derzeit geprüft werde und dies allenfalls Konsequenzen auf seine Arbeit haben könnte.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, ist der Meinung, dass die Anliegen des Postulanten bereits umgesetzt oder zumindest in Bearbeitung sind. Aus diesem Grund stellt er folgenden Antrag:

Abschreibung des Postulates nach einer allfälligen Überweisung.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Vorsitzende zuerst über die Überweisung des Postulates und dann über die Abschreibung abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 34 : 0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

Der Abschreibung des Postulates wird mit 37 : 0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 41

GK 73

Interpellation der SP-Fraktion vom 11. September 2006 betr. kantonales Steuergesetz – Volksabstimmung vom 26. November 2006 (Begründung und Beantwortung)

Hr. Michael Wacker stellt fest, dass bei der vorgängigen Behandlung des Voranschlags 2007 zukünftige finanzielle Belastungen für die Stadt Zofingen aufgezeigt wurden, insbesondere die Ausfinanzierung der APK. Es gibt aber noch andere Belastungen, die auf Zofingen zukommen, welche nicht erwähnt wurden. Am 22. August 2006 hat der Grosse Rat das neue Steuergesetz

verabschiedet. Dieses Gesetz gelangt am 26. November 2006 zur kantonalen Volksabstimmung. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Steuergesetzrevision ein Teil im unsäglichen Wettbewerb der Kantone ist.

Der Stadtrat bemerkt in der Vorlage zum Voranschlag, dass externe Einflüsse zukünftig die Finanzen der Stadt Zofingen belasten. Diesen Belastungen möchte der Stadtrat mit gezielten Desinvestitionen im Finanzvermögen entgegentreten. Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser Steuergesetzrevision und zu den finanziellen Auswirkungen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

1. Sind bereits Berechnungen vorhanden wie hoch die zu erwartenden Steuerausfälle in Zofingen im Falle einer Annahme des kantonalen Steuergesetzes sein werden?

Ja, die Auswirkungen der Steuergesetzrevision sind im Voranschlag 2007 und im Finanzplan bis 2011 bereits berücksichtigt. In Zahlen ausgedrückt sind folgende Ausfälle zu erwarten:

Die kalte Progression müsste gemäss geltendem Steuergesetz auch ohne Revision ausgeglichen werden. So gesehen darf man im Zusammenhang mit der Revision von einem Ausfall von ca. 1,3 Mio. Franken im Jahr sprechen.

Natürliche Personen

In den Jahren 2007/2008/2009 beträgt die Einbusse ca. 3,75 % oder 1 Mio. Franken, im Jahr 2010 erfolgt der Ausgleich der kalten Progression mit ca. 5,35 % oder 1,36 Mio. Franken. Im Total beläuft sich der Ausfall für Zofingen auf ca. 9,1 % oder 2,36 Mio. Franken.

Der Kanton hat seinen Prognosen bis 2011 ein jährliches Wachstum von 4 % zu Grunde gelegt. Das würde bedeuten, dass trotz den Steuerausfällen immer noch mit einem Nettowachstum von rund 11 % zu rechnen ist. Wir sind etwas vorsichtiger und haben in unseren Finanzplanprognosen bis 2011 ein Nettowachstum von 6,3 % eingerechnet.

Juristische Personen

Bei den juristischen Personen rechnen wir auf der Basis des Voranschlages 2007 mit einem Steuerausfall von ca. 22,5 % oder knapp 1 Mio. Franken. In dieser Sparte dürfen wir aber in den kommenden Jahren, dank dem prognostizierten Wirtschaftswachstum, mit stark steigenden Einnahmen rechnen. Damit können wir gemäss Finanzplan trotzdem steigende Steuereinnahmen bei den juristischen Personen verzeichnen.

Gesamthaft wäre bei gleich bleibendem Steuersubstrat und ohne Wachstum ein Ausfall von rund 11 % oder ca. 3,4 Mio. Franken pro Jahr zu verzeichnen. Klammert man die kalte Progression aus, würde der Ausfall rund 2 Mio. Franken oder gut 6 % betragen. Dank des zu erwartenden Wachstums nehmen die Steuereinnahmen exkl. Finanzausgleich gemäss Finanzplan aber im Zeitraum bis 2011 gegenüber dem Voranschlag 2007 um 11,6 % oder 3,5 Mio. Franken zu.

2. Wie hoch müsste eine Steuerfusserhöhung – ungeachtet der Ausfinanzierung der APK – ausfallen, um die heutigen Leistungen aus dem Steuerertrag auch in Zukunft zu erbringen?

Wegen der Steuergesetzrevision muss der Steuerfuss nicht angehoben werden, vorausgesetzt, die Wachstumserwartungen treffen ein. Dabei gehen wir aber auch davon aus, dass der Nettoaufwand nicht übermässig zunimmt. Das heisst: 2 % jährliche Steigerung im Nettoaufwand (Teuerung), dazu Auswirkungen aus GAT III (z.B. Lehrerlöhne, usw.) und aus NFA ab 2008. Sollten bis heute nicht bekannte zusätzliche Belastungen (Abwälzungen von Bund oder/und Kanton) dazu kommen, müsste die Situation neu überdacht werden.

3. Wird der Stadtrat, sofern wegen der Annahme des Steuergesetzes Steuerausfälle resp. Steuerfusserhöhungen zu erwarten sind, aktiv in den Abstimmungskampf eingreifen und die Vorlage bekämpfen?

Wegen der Steuergesetzrevision muss der Steuerfuss in Zofingen nicht angehoben werden. Nachdem der Stadtrat die Steuerausfälle, wie sie der Grosse Rat in erster Lesung noch beschlossen hatte, als nicht verkräftbar erachtete, glaubt er, dass die Steuerausfälle, welche nun gemäss der Vorlage zu erwarten sind, für die Stadt Zofingen in den nächsten Jahren tragbar sind. Der Stadtrat sucht sein Heil zwar keineswegs in einem ruinösen Steuerwettbewerb, ist aber überzeugt, dass die gezielten Steuererleichterungen positive Impulse auf die Wirtschaft bewirken werden. Dies wiederum wirkt sich in einer Steigerung der Steuereinnahmen aus, was unserer Stadt den nötigen Handlungsspielraum bezüglich Investitionen und Service Public gewährleistet.

Entsprechend wird der Stadtrat die Steuergesetz-Revision nicht aktiv bekämpfen, diese aber als Gesamtbehörde auch nicht durch aktives Mitmachen in einem entsprechenden Komitee unterstützen.

Hr. Michael Wacker erklärt sich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Art. 42

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. Anita Bolliger stellt fest, dass es bei den Parkplätzen beim Stadthaus Hintere Hauptgasse Parkierschwellen hat, so auch beim vordersten Behindertenparkplatz. Ihr ist bekannt, dass zwei ältere Damen beim Verlassen des Stadthauses über diese Schwellen gestolpert und gestürzt sind. Die eine Frau hat sich dabei auch kleinere Verletzungen zugezogen. Könnte man aus Sicherheitsgründen nicht wenigstens beim Behindertenparkplatz, welcher wenig besetzt ist, diese Parkierschwellen wieder entfernen?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass das Anliegen mit der Bauverwaltung geprüft wird. Wenn sich dies machen lässt, wird die Parkierschwelle beim Behindertenparkplatz entfernt.

Fr. Patricia Misteli hat aus der Pressemitteilung des Stadtrates betr. Classic Openair entnommen, dass der Stadtrat dem Veranstalter einen namhaften Sponsoringbeitrag zugesichert hat. Wie hoch ist dieser Sponsoringbeitrag? Wie stellt sich dieser Beitrag im Vergleich zu den andern Beiträgen an Veranstaltungen z.B. Bio Marché oder Kinderkonzerte dar? Gibt es eine klare Haltung des Stadtrates in Bezug auf die Unterstützung von kulturellen Anlässen?

Im Namen aller Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen informiert sie, dass die Idee eines gemeinsamen Nachtessens nach einer Einwohnerratssitzung aufgeworfen wurde. Dieses Nachtessen findet nach der nächsten Einwohnerratssitzung im Hotel Zofingen statt. Die Anmeldungen haben über die jeweiligen Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen an sie zu erfolgen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, entgegnet, dass der Sponsoringbeitrag für das Classic Openair CHF 15'000.– beträgt. Zusätzlich kann der Kirchplatz, auf welchem die Veranstaltung stattfindet, unentgeltlich benützt werden.

Bis jetzt fiel der grösste Teil der Sponsoringbeiträge der Stadt an Veranstaltungen unter die Kompetenzsumme des Stadtrates. Bei der Budgetierung 2007 wurden erstmals die einzelnen Events den Ressorts zugeteilt. Diese betreffen Sport, Kultur und Marketing. Das Classic Openair fällt unter den Bereich Marketing. Ein wichtiges Kriterium für die Sprechung eines Sponsoringbeitrages ist die Kommunikation des Anlasses, wie weit wird der Anlass publik gemacht (regional, kantonal, landesweit oder sogar über die Landesgrenze hinaus) und damit verbunden

die Steigerung des Bekanntheitsgrades von Zofingen. Bei dem Classic Openair erhofft sich der Stadtrat eine grosse Kommunikation, da der Veranstalter mit mehreren hunderttausend Flyers in der ganzen Schweiz für den Anlass werben wird und damit die Stadt Zofingen auch publik macht.

Der Stadtrat ist sich aber bewusst, dass die Koordination der einzelnen Anlässe noch verbessert werden muss.

Fr. Isabel Maurer bezieht sich auf die Medienmittelung über die Kontrolle von Schülern und Schülerinnen betr. Disziplin auf dem Schulweg durch die Stadtpolizei. Ist dies nun die Umsetzung des überwiesenen SP-Postulates „Schulwegsicherheit“ und wurde die Aktion mit der Schulpflege abgesprochen?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass die geforderten Massnahmen des erwähnten Postulats Schulwegsicherheit bis auf eine, nämlich das Rondell beim „Schürli“, realisiert wurden. Das Baugesuch für das Rondell beim „Schürli“ wurde aber bereits eingereicht, und die entsprechende Publikation der Signalisation erscheint Ende Oktober 2006 im Amtsblatt.

Die angesprochene Aktion der Stadtpolizei hat aber nichts mit dem Postulat zu tun. Die Stadtpolizei wird gemäss neuem Polizeigesetz zentral zuständig für die Verkehrserziehung sein. Man hat festgestellt, dass die Disziplin der Schüler/innen auf dem Schulweg nachlässt, und aus diesem Grund werden vermehrt Kontrollen durchgeführt. Schulpflege und Schulleitung wurden vor der Pressemitteilung über diese Aktion informiert.

Hr. Hansruedi Schlatter stellt fest, dass der Weg zwischen Bahngleis und der Firma Siegfried immer sehr verschmutzt ist, es liegt überall Abfall herum. Dort müsste mehr gereinigt werden. Auch der Deckbelag dieses Weges ist in einem schlechten Zustand. Könnte dieser nicht erneuert werden?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, stimmt zu, dass sich dieser Weg in einem schlechten Zustand befindet. Diese Position wurde im Voranschlag 2007 unter Fusswegsanierungen eingestellt, und der Deckbelag wird im nächsten Jahr erneuert. Der Stadtrat versucht aber auch, bei Sanierungen von Quartierstrassen, wie übrigens auch vom Parlament gefordert, keine Luxuslösungen zu produzieren.

Hr. Fritz Hirschi erwähnt, dass sich vor kurzem zum fünften Mal der Anschlag auf das Parlament in Zug jährte. Wurden damals in Zofingen in Bezug auf die Sicherheit Vorkehrungen getroffen?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass das Ressort Sicherheit die Sicherheit des Parlaments und des Stadtrates im Stadtsaal als nicht gefährdet beurteilt. Aus diesem Grund wurde auf eine dauernde Polizeipräsenz verzichtet. Es werden aber sicher Stichproben durchgeführt, und sollten Anzeichen zur Verschärfung der Sicherheitsmassnahmen vorliegen, werden diese auch vollzogen.

Fr. Yolanda Senn Ammann erwähnt, dass sie bereits an der letzten Einwohnerratssitzung fragte, ob der Glascontainer bei der Rosengarten-Turnhalle nicht an einem anderen Standort aufgestellt werden könnte. Leider ist aber in der Zwischenzeit noch nichts geschehen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, entgegnet, dass geplant ist, den Glascontainer beim Parkplatz Amslergut aufzustellen. Dort ist jedoch der heutige Belag nicht geeignet. Dieser wird aber noch dieses Jahr ausgewechselt, und dann kann die Umplatzierung des Glascontainers vorgenommen werden.

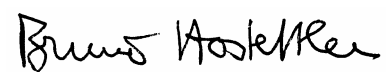
Fr. Anne-Käthi Kremer stellt fest, dass immer mehr Jugendliche den Bereich rund um die Abdankungshalle belagern. Es liegen Abfall und Glasscherben herum. Hat sich der Stadtrat Gedanken zu diesem Thema gemacht? Mit der Heitere-Box wurde erfolgreiche Jugendarbeit geleistet, wäre ein ähnliches Projekt auch im Bereich der Abdankungshalle möglich? Wie steht es mit der Zusammenarbeit zwischen der Stadtpolizei und der Jugendarbeit?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, informiert, dass er bei einer nächtlichen Polizeipatrouille dabei war. Er war sehr erstaunt, was und wer alles anzutreffen war. Ausweiskontrollen ergaben, dass es sich vor allem um auswärtige Jugendliche handelt, welche sich in diesem Bereich aufhalten. Die Stadtpolizei wird aber auch in diesem Gebiet vermehrt Kontrollen durchführen. Betreffend Jugendarbeit wurde mit der zuständigen Ressortvorsteherin Annegret Dubach vereinbart, dass das Projekt Heitere-Box zuerst ausgewertet wird. Danach ist eine Ausdehnung auf andere Jugendtreff-Bereiche möglich. Der Stadtrat nimmt sich dieser Problematik an.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



Bruno Hostettler

DER PROTOKOLLFÜHRER

Arthur Senn